

# „Haushalt der Paradoxe“

## HANDELSKAMMER Budget 2018

Die Handelskammer legte – nach den meisten anderen Kammern – ihrerseits ein Gutachten zum Staatshaushalt 2018 vor. Sie sieht eine Reihe von Paradoxen in den Zahlen von Finanzminister Pierre Gramegna.

Der Minister bzw. die Regierung habe veraltete Wachstumszahlen als Berechnungsgrundlage genutzt, so eine Kritik der Kammer an der Aufstellung. Das Wirtschaftswachstum würde innerhalb von zwei Jahren (2017 und 2018) um insgesamt 3,2 Prozent weniger hoch ausfallen als erwartet. Das entspreche 1,7 Milliarden Euro weniger an geschaffenen Reichtum. Dies sei zwar so in den Haushaltsdokumenten festgehalten worden, allerdings sei die Auswirkung dieser geringeren Werte nicht berücksichtigt worden.

Des Weiteren verweist die Handelskammer darauf, dass die durchschnittlichen Wachstumszahlen für die kommenden Jahre (drei Prozent) dem Wachstum an Arbeitsplätzen entspreche. Laut ihr ein Warnsignal: Dies bedeute, dass die Produktivität nicht steigen werde.

Die Kammer verweist auf die Prioritäten des Staatshaushaltes, die unter anderem ein qualitatives Wachstum beschreiben. Auch sie wünscht sich ein stärkeres und ressourcenschonendes – sprich ein qualitatives – Wachstum.

Sollten die Einnahmen über-



schätzt worden sein und die Ausgaben leicht unterschätzt, warnt die Kammer, so sei es mit der versprochenen Haushaltskonsolidierung nicht weit her. Auch betrachtet sie die Staatsschuld kritisch, die zwar prozentual stabil sei, in absoluten Zahlen aber zwischen 2017 und 2021 um 1,3 Milliarden wachse und riskiere, höhere Anteile des Bruttoinlandsproduktes als versprochen zu erreichen.

Das oben erwähnte geringere Wirtschaftswachstum würde im Gehälteraufkommen nicht berücksichtigt, führe aber bis 2021 zu 300 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen und zu 140 Millionen weniger Einnahmen

der Sozialversicherungen. Auch die direkten Steuern der Betriebe seien betroffen und würden abnehmen.

Des Weiteren bezweifelt die Handelskammer, dass es dem Staat gelingen wird, die Ausgaben beim Zentralstaat tatsächlich wie versprochen einzudämmen. Außerdem gibt sie zu bedenken, dass die Dynamik der öffentlichen Gehälter prozentual doppelt so schnell wie die Investitionen steige.

Sie fordert eine Anpassung, sprich eine Senkung der Renten, da die Reserven ab 2020 abnehmen würden. Die hohen Investitionen seien laut Kammer schließlich nicht ausreichend. r.s.